



22.474

Parlamentarische Initiative

Quadri Lorenzo.

**Ratsmitglieder, die für Krankenkassen
lobbyieren, sollen wenigstens
offenlegen müssen,
wie hohe Entschädigungen
sie von ihnen erhalten**

Initiative parlementaire

Quadri Lorenzo.

**Les députés qui font du lobbyisme
pour les caisses-maladie
doivent déclarer le montant
des rémunérations reçues**

Iniziativa parlamentare

Quadri Lorenzo.

**I deputati che fanno lobbismo
per le casse malati siano almeno
tenuti a dichiarare l'ammontare
delle remunerazioni che ricevono
da quest'ultime**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.23 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.12.23 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Kommission

Der Initiative keine Folge geben

Antrag Sommaruga Carlo

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition Sommaruga Carlo

Donner suite à l'initiative

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Es liegt Ihnen ein schriftlicher Bericht der Kommission vor.

Zopfi Mathias (G, GL), für die Kommission: Mit der Frage der Interessenbindungen hat sich die Staatspolitische Kommission unseres Rates eigentlich die ganze vergangene Legislatur recht intensiv befasst. Ich hole deshalb





etwas aus, bevor ich Ihnen die Position zur vorliegenden parlamentarischen Initiative Quadri erläutere.

Das erste Geschäft, das diese Diskussion bei uns eröffnet hat, war die damalige parlamentarische Initiative Rieder 19.414, "Verbot der Annahme von bezahlten Mandaten im Zusammenhang mit der Einsitznahme in parlamentarischen Kommissionen". Die Kommission teilte die Meinung, dass es durchaus ein gewisses Ärgernis ist, dass die Interessenkonflikte und Interessenvertretungen in gewissen Kommissionen ein recht hohes Ausmass angenommen haben. Damals wurde auch bereits festgestellt, dass das insbesondere in den SGK der Fall ist.

Man hatte deshalb für die parlamentarische Initiative Rieder eine gewisse Sympathie. Das Verbot der Einsitznahme beurteilte man dann aber als zu weit gehend – nicht nur in der Kommission, sondern auch in diesem Rat. Sie erinnern sich: Wir haben das Geschäft zweimal in den Rat gebracht, einmal wurde es an die Kommission zurückgewiesen. Man

AB 2023 S 1285 / BO 2023 E 1285

beurteilte das Verbot erstens als zu weit gehend, weil Interessenbindungen nicht nur schlecht sind. Es kann in einem Milizparlament auch sinnvoll sein, dass Personen in Kommissionen sitzen, die sich mit der Materie auch anderweitig befassen, und dass diese ihr Wissen direkt einbringen können anstatt indirekt, z. B. über den Rat oder in einer späteren Phase. Man hat zweitens vor allem aber auch festgestellt, dass die Ungleichbehandlung von Parlamentariern problematisch ist. Das wurde auch in einem Gutachten des Bundesamtes für Justiz bestätigt. Es wäre problematisch, wenn man Parlamentarier mit Interessenbindungen anders behandeln würde als solche, die keine haben, oder wenn man darüber urteilen würde, wer in eine Kommission darf und wer nicht. Als Fazit haben wir die parlamentarische Initiative damals abgelehnt – Sie erinnern sich.

Nun gibt es natürlich andere Ansätze, wie man das tun kann. Ein Ansatz, der damals ebenfalls schon in der SPK beraten wurde, ist der, dass man zwar keine Verbote für die Einsitznahme ausspricht, aber dass man mehr Transparenz schafft. Hier setzt nun die parlamentarische Initiative Quadri an, die wir heute beraten. Sie fordert, dass es Transparenz bei den Einkünften von Mitgliedern unserer Räte gibt, die Mandate von Krankenkassen innehaben. Der Nationalrat hat – entgegen der Empfehlung der SPK-N – dieser Initiative mit 106 zu 69 Stimmen Folge gegeben.

Ich komme nun zu den Bedenken. Sie werden sehen, dass die Bedenken, die damals bei der parlamentarischen Initiative Rieder ausschlaggebend waren, hier nur zum Teil ausgeräumt sind und somit weiterhin bestehen.

Die erste Frage ist, weshalb es nur um Vertreterinnen und Vertreter mit Krankenkassenmandaten geht. Man kann attestieren, dass es da vielleicht ein Problem geben mag, vielleicht gibt es dieses Problem aber auch nicht – das ist möglicherweise schon eine politische Beurteilung. Vielleicht besteht dieses Problem auch an anderen Orten. Es ist ein wenig willkürlich und sicher eine Ungleichbehandlung, wenn man bei Krankenkassenmandaten anders urteilt, als wenn jemand in der KVF ist und Mandate in ÖV-Unternehmungen hat. Das ist zum Beispiel beim Sprechenden der Fall. Wieso beurteilt man mit dieser parlamentarischen Initiative das eine so und das andere so? Im einen Fall ist es negativ, im anderen Fall ist es vielleicht nicht positiv, aber es wird neutral betrachtet. Das ist aus Sicht der Kommission eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung, und es widerspricht auch den Punkten, die im Gutachten des Bundesamtes für Justiz zur damaligen parlamentarischen Initiative Rieder gebracht wurden.

Wenn man für mehr Transparenz ist, dann ist das sicher ein ehrenwertes Anliegen. Es ist aber gleichzeitig wichtig, die verfassungsmässigen Voraussetzungen zu achten und hier nicht eine problematische und – aus Sicht der Kommission – verfassungsrechtlich nicht zulässige Ungleichbehandlung der verschiedenen Kategorien von Mandaten vorzunehmen. Deshalb empfiehlt Ihnen die Kommission, der parlamentarischen Initiative Quadri keine Folge zu geben.

Aber den Transparenzansatz gibt es, diesen kann man durchaus kompatibel mit den verfassungsmässigen Rechten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier weiterverfolgen. Aus Sicht der Kommission ist es ein klügerer Ansatz, die Transparenz auf alle Mitglieder der eidgenössischen Räte auszudehnen – nicht nur auf solche, die in Krankenkassenverwaltungsräten oder anderen Organen sitzen – und Transparenz durch verschiedene Kategorien zu schaffen. Kategorien zu schaffen ist praktikabler und ausreichend, also z. B. eine Kategorie von 0 bis 12 000 Franken, dann eine Kategorie ab 12 000 Franken usw. Zudem ist es ein Ansatz, der gerade keine Ungleichbehandlung ergibt, weil er für alle gleich gilt.

Das ist das, was die Staatspolitische Kommission mit dem Folgegeben der parlamentarischen Initiative Mazzone 22.485, "Transparenz bei Einkünften aus Nebentätigkeiten von Parlamentarierinnen und Parlamentariern durch Spannbreiten", gemacht hat. Diese parlamentarische Initiative würde nicht nur Krankenkassenvertreter betreffen, sondern eben alle Mitglieder der Räte. Sie wird in wenigen Wochen in der SPK-N behandelt werden.



Aufgrund der besseren Alternative und der Unzulänglichkeiten, die die parlamentarische Initiative Quadri nun einmal birgt – und ich erlaube es mir nochmals zu sagen: auch aufgrund der Inkompatibilität mit unseren verfassungsmässigen Grundsätzen –, empfiehlt Ihnen die Kommission mit 9 zu 2 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Quadri 22.474 keine Folge zu geben. Es wurde kein Minderheitsantrag eingereicht, aber wir haben, wie ich gesehen habe, einen Einzelantrag, weshalb wir trotzdem über Folgegeben oder Nichtfolgegeben abstimmen werden können.

An dieser Stelle möchte ich noch erwähnen, dass die Kommission ebenfalls und aus ähnlichen Erwägungen, vor allem weil die parlamentarische Initiative Mazzone 22.485 nun auf dem Weg ist, auch empfiehlt, der eingereichten Petition 23.2013, "Schluss mit der Lobby-Politik", keine Folge zu geben.

Ich bitte Sie also, dem Beschluss der Kommission zu folgen. Wir werden das Thema sachgerechter mithilfe der parlamentarischen Initiative Mazzone beraten können. Es gibt keinen Anlass dafür, der nicht verfassungskonformen parlamentarischen Initiative Quadri Folge zu geben.

Sommaruga Carlo (S, GE): Le rapporteur a évoqué la problématique des conflits d'intérêts et le fait que ce sujet est un serpent de mer, que ce soit au Conseil des Etats ou au Conseil national. Les diverses propositions qui sont arrivées sur nos tables ont toujours été écartées, voire retirées, et la question n'est pas résolue.

Le rapporteur a également mis correctement en perspective l'initiative que nous traitons aujourd'hui et l'initiative parlementaire 22.485, qui visent toutes deux la question de la transparence des revenus des membres de nos conseils lorsqu'ils siègent dans un conseil d'administration. La différence – cela a été dit – est que l'initiative que nous traitons actuellement est limitée au secteur de l'assurance-maladie, alors que l'initiative 22.485 vise de manière plus large l'ensemble des activités que nous devons déclarer en vertu de la loi sur le Parlement et qui devraient faire l'objet d'une transparence, transparence pourtant moindre, dans la mesure où il n'est pas indiqué le revenu exact, mais des tranches de revenu.

La différence entre les deux, aujourd'hui, n'est pas seulement matérielle, mais concerne également la procédure. Aujourd'hui, l'initiative parlementaire Quadri a déjà été largement acceptée par le Conseil national. Si nous acceptons l'initiative Quadri aujourd'hui, la commission du Conseil national pourra commencer les travaux sur la question de la transparence en matière de revenus, alors que l'initiative 22.485, qui a été approuvée par la Commission des institutions politiques de notre conseil, doit encore être approuvée par la commission homologue du Conseil national, puis éventuellement par le Conseil national, s'il n'y a pas de majorité pour la soutenir au sein de la Commission des institutions politiques du Conseil national.

Il est vrai que l'on peut se dire que cette initiative 22.485 sera acceptée. Mais cela n'est pas du tout certain, puisque le champ d'application matériel de cette initiative est beaucoup plus large, et que cela peut donc susciter plus d'oppositions, comme on l'a vu avec d'autres initiatives déposées par le passé. Dès lors, on a la possibilité, aujourd'hui, d'avoir une entrée en matière – et donc un travail concret pouvant commencer rapidement – ou alors de spéculer sur une éventuelle décision, très incertaine, du Conseil national. Si nous voulons aller de l'avant aujourd'hui sur la question de la transparence des rémunérations, il convient de le faire par le biais du soutien à l'initiative de M. Quadri.

J'aimerais rappeler ce qui a été dit dans l'objet précédent: nous devons décider aujourd'hui s'il y a nécessité d'agir – "Handlungsbedarf". Or, il y a "Handlungsbedarf", puisque différentes initiatives vont dans ce sens et que, surtout, les citoyennes et les citoyens de notre pays demandent à avoir une transparence, tout particulièrement à l'égard des caisses-maladie. Car les décisions de celles-ci jouent aussi un rôle essentiel dans leur budget.

Aujourd'hui, on peut donner suite à cette initiative, parce qu'il y a cette nécessité d'agir; mais en deuxième phase – et cela

AB 2023 S 1286 / BO 2023 E 1286

a aussi été dit tout à l'heure sur la question du cyberharcèlement –, il y a la possibilité d'améliorer, voire d'étendre la matérialité du projet. On peut donc améliorer les choses. Il serait aujourd'hui incompréhensible du point de vue politique que l'on dise non à cette initiative alors qu'il y a une vraie inquiétude de la population. Je vous rappelle que les caisses-maladie avaient, à une époque, fait des réserves nettement supérieures aux exigences légales et avaient fait une résistance à la redistribution. Il y a d'autres exemples où l'on voit qu'elles ont un effet important. Cet effet a une influence directe sur le budget des ménages. Il importe aujourd'hui de montrer qu'il y a une volonté d'agir, une volonté de transparence et de mettre des choses au clair.

Je vous demande donc de donner suite à cette initiative parlementaire, car il n'y a aucun autre travail avancé dans ce sens à ce jour au sein des conseils, voire de l'administration.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Wintersession 2023 • Elfte Sitzung • 21.12.23 • 08h15 • 22.474
Conseil des Etats • Session d'hiver 2023 • Onzième séance • 21.12.23 • 08h15 • 22.474



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.474/6303)

Für Folgegeben ... 13 Stimmen

Dagegen ... 28 Stimmen

(0 Enthaltungen)

